

# Antrag 1

**Antragsteller: Kreisvorstand**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

## 1 **Anpassung der Umlage**

Die Umlage der Ortsverbände an den Kreisverband wird auf 7,00 Euro je Mitglied/ Monat angehoben. Die Umlage für Mitglieder mit ermäßigtem Beitrag wird auf 4,50 Euro je Mitglied/ Monat angehoben. Die Erhöhung tritt zum 1. April 2023 in Kraft.

### Begründung

Der Landesparteitag hat am 21. Januar 2023 eine Erhöhung der Mitgliederumlage von 3,00 Euro auf 3,60 Euro beschlossen, die sich auf unseren Kreisverband wie folgt auswirkt:

Umlage je Mitglied/ Monat der OV's:	6,00 Euro
abzgl. Umlage an Bundesverband:	2,20 Euro
abzgl. Umlage an Landesverband:	3,60 Euro
abzgl. Umlage an Bezirksverband:	0,16 Euro

Überschuss aus Umlage für KV: 0,04 Euro

Bei den ermäßigten Beiträgen ist die Situation noch dramatischer:

Umlage je Mitglied/ Monat der OV's:	3,40 Euro
abzgl. Umlage an Bundesverband:	2,20 Euro
abzgl. Umlage an Landesverband:	1,80 Euro
abzgl. Umlage an Bezirksverband:	0,16 Euro

Fehlbetrag aus Umlage für KV: 0,76 Euro

Mit einem Überschuss aus den Mitgliedsumlagen von nur 0,04 Euro je Mitglied/ Monat bzw. einem Fehlbetrag bei den ermäßigten Umlagen von 0,76 Euro je Mitglied/ Monat droht dem Kreisverband die Zahlungsunfähigkeit. Eine Erfüllung der Pflichtaufgaben (z.B. Wahlversammlungen, Kreisparteitage) ist nicht mehr möglich.

Der Kreisvorstand hat am 25. Januar 2023 über die Situation beraten und schlägt dem Kreisparteitag die oben vorgeschlagene Anpassung der Umlage vor, die neben der Weitergabe der Erhöhung des Landesverbandes auch eine geringfügige Anpassung an die gestiegenen Kosten beinhaltet.

# Leitantrag

**Antragsteller: Geschäftsführender Kreisvorstand**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

## 1 **Grundschulen der StädteRegion zukunftsfest machen!**

- 1) Der FDP KV Aachen-Land erkennt die angedachte Dependence-Lösung zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an Grundschulen durch die RWTH Aachen sowie Partneruniversitäten als ersten Schritt zur Problemlösung an.
- 2) Der FDP KV Aachen-Land fordert eine zügige Umsetzung der angedachten Dependence-Lösung auch im Sinne der Studierenden.
- 3) Der FDP KV Aachen-Land fordert eine stärkere Beteiligung des Landes bei der Instandsetzung der Bausubstanz und der technischen Möglichkeiten an Schulen.

### Begründung

Für uns Freie Demokraten ist Bildung ein zentraler Bestandteil, ist Schule doch noch viel mehr als reine Wissensvermittlung. Neben dem Fachunterricht ist Schule Begegnungsort und Sozialraum. Hier entstehen im Zusammenspiel zwischen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften und Eltern die Chancen, die unsere spätere Lebensweise beeinflussen und ein im liberalen Sinne eigenständiges und verantwortungsbewußtes Leben ermöglichen.

Schlussendlich hängt gelungene Bildung jedoch immer noch zu stark von der Milieubedingung des Elternhauses sowie den Rahmenbedingungen, die die Kommunen als Schulträger zur Verfügung stellen können, ab. Für uns Freie Demokraten darf es keinen Unterschied machen, ob ein Kind in Alsdorf oder in Herzogenrath, in Monschau oder in Eschweiler zur Schule geht. Die Ungleichheit bei der Finanzierung von Bausubstanz und technischen Möglichkeiten der Schule muss durch das Land NRW abgedeckt werden.

Jedoch bieten die besten Schulen keine gute Bildung, wenn nicht auch die besten Lehrkräfte in ihnen arbeiten. Hier trifft gerade in der StädteRegion Aachen im Primärbereich eine wachsende Grundschulbevölkerung auf immer weniger Lehrkräfte. Ausgehend von einer Klassenstärke von 25 Schülerinnen und Schülern müssen in den nächsten drei Jahren mindestens 40 zusätzliche Klassen eingerichtet werden. Mit Stand 01.09.2022 verfügten von den ca. 1.640 Lehrkräften noch rund 73% über eine Lehramtsbefähigung für die Grundschule. Ein Drittel dieser Lehrkräfte gehen in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand. Die zum 5. August 2022 bzw. 01. November 2022 zu besetzenden 97 Lehrerstellen konnten nur noch zu 38% besetzt werden. Für 60 Stellen fanden sich keine Bewerber.<sup>1</sup>

Diese desaströse Entwicklung ist bereits länger bekannt. Die FDP-Forderung, Lehrkräfte für den Primärbereich wieder selber vor Ort an der RWTH Aachen auszubilden, und somit vom „Klebeeffekt“ zu profitieren, wurde seit Jahren von der CDU blockiert. Die nun angefachte „Dependence-Lösung“ ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch nur ein erster Schritt auf einem langen Weg. Wir Freie Demokraten fordern nun eine zügige Umsetzung dieses Ansatzes, der aber auch für die Studierenden durchführbar sein muss.

---

<sup>1</sup> vgl Sitzungsvorlage des Ausschusses für Schulen, Bildung, Wissenschaft und Kultur der StädteRegion Aachen vom 17.11.2022 (Vorlage 2022/0453)

# Antrag 2

**Antragsteller: Junge Liberale, KV Aachen-Land**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1 **Den Städteregionstag erlebbar machen: Live-Übertragungen online zugänglich machen**  
2

3 Wir wollen die Arbeit des Städteregionstages für alle Bürgerinnen und Bürger der StädteRegion Aachen  
4 transparent zugänglich machen, indem die Sitzungen live im Internet gestreamt werden. Mehr Menschen haben  
5 so die Möglichkeit, ungeachtet zeitlicher, monetärer, körperlicher oder weiterer Einschränkungen am politischen  
6 Austausch in unserer StädteRegion zu partizipieren.  
7

8 Dazu wollen wir die Verwaltung damit beauftragen, die juristische Prüfung eines solchen Angebots  
9 herauszuarbeiten, insbesondere in Bezug auf die individuellen Persönlichkeitsrechte der Mandatsträgerinnen  
10 und Mandatsträger. Hier soll explizit herausgearbeitet werden, wie andere Kommunen ein sogenanntes „Rats-  
11 TV“ Angebot eingeführt haben. Weiterhin soll erarbeitet werden, welche juristischen Unterschiede es zwischen  
12 dem Streaming und einem dauerhaften Angebot („on demand“) gibt und ein geeignetes Konzept zur Einführung  
13 einer Übertragung hinsichtlich rechtlicher Vorgaben und technischer Voraussetzungen soll dem Städteregionstag  
14 zum Beschluss vorgelegt werden.  
15

16 Des Weiteren fordern wir in einem zweiten Schritt nach erfolgreicher Implementierung die Überprüfung der  
17 Möglichkeit, das Angebot auf die Übertragung von Ausschusssitzungen zu erweitern.  
18

19  
20

Die Begründung erfolgt mündlich

# Antrag 3

**Antragsteller: Junge Liberale, KV Aachen-Land**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1 **Nachts mit dem Bus in den Nordkreis – nach dem Feiern sicher nach Hause!**

2

3 Die ASEAG verkehrt am Wochenende und vor Feiertagen mit zehn Nachtbuslinien stündlich zwischen 01:00 und  
4 04:00 Uhr, um insbesondere jungen Erwachsenen, die das Aachener Nachtleben genossen haben, die  
5 Möglichkeit zu geben, mit dem ÖPNV sicher nach Hause zu kommen. Leider liegt der Schwerpunkt des  
6 „Nachtexpress“-Liniennetzes im Aachener Stadtgebiet und beinhaltet sechs Linien, die den Südkreis abdecken  
7 oder Richtung Belgien und Niederlande verkehren. Nur vier Linien decken den Nordkreis in den Kommunen  
8 Herzogenrath, Würselen und im außerhalb der Städteregion liegenden Boscheln ab. Diese Linien sind zum Teil  
9 aber aus dem Grunde unattraktiv, da sie vor dem Verkehr in den Nordkreis zunächst in Stadtteilen von Aachen  
10 verkehren und somit für Ziele im Nordkreis eine unzumutbar lange Fahrzeit aufweisen.

11

12 Wir Junge Liberale Aachen-Land fordern den Aachener Verkehrsverbund (AVV), die ASEAG sowie die  
13 zuständigen Gremien dazu auf, zu prüfen, inwieweit das Nachtbuskonzept der ASEAG neu konzipiert und  
14 ausgeweitet werden kann. Dabei sollte der Nachtexpress nicht in deutlich überwiegender Weise auf Bereiche  
15 der Stadt Aachen, die anderweitig besser zu erreichen sind als der Nordkreis, zentralisiert sein und eine bessere  
16 Anbindung des Nordkreises berücksichtigt werden.

17

18 Insbesondere die Städte Alsdorf und Baesweiler sollen hierbei eine Anbindung an den Nachtexpress erhalten,  
19 da Bewohner dieser Kommunen – bis zu einem möglichen Bau der Regieteam – von der Linie 51, welche nachts  
20 nicht fährt, im ÖPNV abhängig sind. Eine solche Anbindung stellt für Jugendliche des Nordkreises eine  
21 kostengünstige und umweltfreundliche Alternative zu Taxifahrten dar.

22

23

24

Begründung erfolgt mündlich

# Antrag 4

**Antragsteller: AG Verkehr des Kreisverbandes Aachen-Land**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1 **Keine Wege führen zum Rhein – Effizienterer Pendlerverkehr zu den ÖPNV-Knotenpunkten**  
2 **nach Köln**

3 Eine große Anzahl der Menschen in der Städteregion Aachen haben ihren beruflichen Standort oder ihre  
4 Ausbildungs- bzw. Studienstätte in der ca. 70 km entfernten Millionenmetropole Köln.

5  
6 Nutzbar für diese Pendlerstrecke sind neben dem eigenen Auto über die A4 insbesondere die ÖPNV-Linien RE1  
7 und RE9, die verschiedene Bahnhöfe in der Städteregion anfahren und somit eine ideale Alternative zur Fahrt  
8 über die Autobahn darstellen würden.

9  
10 Das Problem liegt allerdings darin, dass das damit erforderlich werdende „kleine“ Pendeln zu diesen Bahnhöfen  
11 aufgrund der Verkehrs- und Parksituationen kaum attraktiv ist.

12  
13 In Eschweiler und Aachen-Rothe-Erde, wo die meisten Pendler aus Nord- bzw. Südkreis in die Bahn einsteigen,  
14 sind die sogenannten „Park-and-ride“-Parkplätze in unergründlicher Weise überfüllt.

15  
16 Zubringerstrecken, wie die L240 (Rue de Watrelos) zwischen Alsdorf und Eschweiler), sind zu den Stoßzeiten  
17 aufgrund immer wieder andauernden Verkehrsstaus, kaum pendlerfreundlich zu befahren.

18  
19 Wir Freie Demokraten in der Städteregion fordern die zuständigen Gremien dazu auf, die im Jahre 2021 an die  
20 Städteregion Aachen übertragenen Planungsrechte für den Ausbau der L240 mit besonderer Relevanz zu nutzen  
21 und auch die Situationen auf den übrigen Zubringerstrecken zu den an die Bahnstrecke Aachen-Köln  
22 angeschlossenen Bahnhöfe zu eruieren, um einen effizienteren und resilienteren Pendlerverkehr zu ermöglichen.

23  
24 Weiterhin sollen die Parksituationen an den entsprechenden Bahnhöfen geprüft werden und der Ausbau von den  
25 Parkplätzen, dem Beispiel des Stolberger Bahnhofparkhauses zum Vorbild nehmend, als Ziel gesetzt werden.

26  
27 Um der generellen Nutzung des Autos auch aus den ländlichen Bereichen der Städteregion heraus eine  
28 Alternative der kommunalen Mobilität zu geben, sollen die zuständigen Gremien in Zusammenarbeit mit dem  
29 AVV und der ASEAG dazu aufgefordert werden, zu prüfen, aus welchen Bereichen ein erhöhtes  
30 Pendleraufkommen zu den Bahnhöfen besteht und feststellen, welche weiteren pendlerfreundlichen Buslinien zu  
31 den ÖPNV-Knotenpunkten eingerichtet werden können, um das autofreie Pendeln nach Köln für jedermann  
32 attraktiver zu gestalten.

33  
34  
35 Begründung erfolgt mündlich